

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Beschluss Nr. 13

Frieden sichern, Zukunft gestalten

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik für eine neue Zeit

Der neue Rahmen sozialdemokratischer Politik für Frieden und Sicherheit

Wir leben in einer sich dramatisch verändernden Welt. Die Fundamente der internationalen Ordnung, wie sie sich seit dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet haben, geraten ins Wanken. Die multilaterale Ordnung ist unter Druck geraten. Protektionismus und Nationalismus sind auf dem Vormarsch, selbst innerhalb der EU sind diese Erschütterungen zu spüren. Der globalisierte Kapitalismus produziert immer drastischere Ungleichgewichte und populistische Gegenreaktionen, die die Grundlagen liberaler Demokratie in Frage stellen. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben im Rekordtempo, während die Wohlstandskluft zwischen den armen Staaten des globalen Südens und der industrialisierten Welt weiterwächst und damit der Forderung nach mehr globaler Gerechtigkeit neue Aktualität verleiht. Die Folgen des Klimawandels werden immer spürbarer, gerade in Regionen, die schon heute von Instabilität und Krisen geprägt sind, und führen zur Verschärfung bestehender Konflikte. Gleichzeitig rivalisieren die Großmächte USA, China und Russland in einem neuen Wettbewerb um Macht und Einfluss. Europa gerät zunehmend unter Druck, von innen wie von außen, und droht zum Randakteur bei der Gestaltung der Welt von morgen zu werden.

Auf neue Instabilitäten und neue Unsicherheiten müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mutige Antworten geben. Wir benennen die vor uns liegenden Herausforderungen klar und können für unsere Antworten an viele Erfahrungen und Erfolge der Vergangenheit anknüpfen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten prägen seit über 50 Jahren die Außen- und Sicherheitspolitik und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Und das sehr erfolgreich – für unser Land, Europa und für die Welt: Willy Brandt mit seiner Ostpolitik und seinem Plädoyer für Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Helmut Schmidt mit seinem Eintreten für Europa und die Stärkung der internationalen Abstimmung durch die Etablierung der G7 und Gerhard Schröder mit seinen klaren Positionen zur Nicht-Beteiligung am Irakkrieg. Auch Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Heiko Maas haben als Außenminister maßgeblich dazu beigetragen, das Ansehen Deutschlands zu steigern. Nicht zuletzt deshalb genießt die Bundesrepublik in großen Teilen der Welt viel Vertrauen und kann sich als glaubhafter Vermittler in Konfliktfällen einbringen.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist nachhaltige und vorausschauende Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Orientiert an einem klaren Wertekompass, bereit, Verantwortung zu übernehmen und die berechtigten Interessen Deutschlands und Europas in fairer Weise zu vertreten.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Europa stärken, mehr Europa wagen

Wir wollen ein starkes, soziales und handlungsfähiges Europa, das für wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Frieden und ökologische Verantwortung steht und sich im Wettbewerb behaupten kann. Daher werden wir uns weiterhin für starke Gemeinschaftsinstitutionen mit wirksamen Instrumenten, Anreizen und Sanktionsmechanismen, mit denen wir diese gemeinsame Wertebasis schützen, einsetzen.

Deutschland hat als größtes Land in der Mitte des Kontinents eine maßgebliche Verantwortung für die Europäische Union. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung die Bereitschaft, in die Europäische Integration politisch und finanziell zu investieren, um die Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten positiv mitzugestalten. Die Zukunft der EU in ihrer jetzigen Form ist keineswegs garantiert – der Brexit ist und bleibt mahnendes Beispiel. Der rechte Populismus stellt die gemeinsame Wertebasis in Frage und bedeutet eine existenzielle Gefahr für die innere Stabilität – heute und wahrscheinlich auch für die nächsten Jahrzehnte.

Die SPD verfolgt das Ziel eines sozial gerechten Europas, das den Menschen dient. Dazu gehören faire Mindestlöhne, starke Arbeitnehmerrechte und starke Gewerkschaften ebenso wie ausreichend finanzierte soziale Sicherungssysteme. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU im Rahmen einer intelligenten, zukunftsgerichteten Industriepolitik mehr investiert: in saubere Energien, Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung. Wir wollen, dass Europa 2050 der erste klimaneutrale Kontinent ist.

Wir stehen für ein solidarisches und souveränes Europa. Wir tragen mit dem reformierten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu mehr und gleichmäßigem Wohlstand, Solidarität und Stabilität in der Eurozone und ganz Europa bei. Uns ist wichtig, die europäischen Steuerzahler noch besser zu schützen, damit sie in Zukunft nicht mehr für das Versagen des Finanzsektors haften müssen. Zu einem gerechten Europa gehört aber auch, dass sich alle Teile der Wirtschaft angemessen an den Kosten des Gemeinwesens beteiligen. Wir treten daher in Europa für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein und kämpfen auf internationaler Ebene für eine Mindestbesteuerung von Konzernen, damit sich große global tätige Unternehmen nicht mehr länger einer fairen Besteuerung entziehen können. Steuergerechtigkeit muss und wird ein Schwerpunkt unserer EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr sein. Sollte keine internationale Regelung gelingen, werden wir eine europäische Digitalsteuer auf den Weg bringen.

Die EU muss sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in einem schwierigen politischen Umfeld behaupten. Die Nachbarschaft im Süden wie im Osten wird weiterhin durch Krisen und Fragilität sowie durch die wachsende Großmächtekonkurrenz geprägt sein. Europa muss ein bestimmender Pol bleiben in einer Welt, die eine neue Ordnung sucht und in der ein härter werdender Wettbewerb der Großmächte um Macht und Einfluss die globale Politik zunehmend prägt. Wir streben mit unserer Politik ein starkes und souveränes Europa an, eine EU, die als Friedensmacht handlungsfähig ist und in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik genauso wie in der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik Spielräume erarbeitet und verteidigt. Europa braucht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten,

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

die für Zusammenhalt sorgen und dritten Mächten deutlich machen, dass wir uns weder gängeln noch auseinanderdividieren lassen. Wir sorgen dafür, dass Europa geeint und kraftvoll für seine Werte einsteht.

Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen. Wir halten an der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans fest. Wir schenken der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dabei besondere Aufmerksamkeit.

Die deutsche Ratspräsidentschaft ab dem Sommer 2020 sehen wir als besondere Chance, die EU in zentralen Themen voranzubringen. Es ist die wichtigste Ratspräsidentschaft seit langem. Entscheidende Weichenstellungen stehen bevor. Wir wollen in der deutschen Ratspräsidentschaft dafür sorgen, dass sich die EU auf einen echten Zukunftshaushalt mit starken Investitionen verständigt, dass – ausgehend von den deutsch-französischen Beschlüssen - ein Eurozonen-Haushalt und eine Finanztransaktionssteuer auf den Weg gebracht werden, dass ein Rahmen für europäische Mindestlöhne eingeführt und die Europäische Säule sozialer Rechte mit Leben gefüllt wird. Auch wollen wir Fortschritte für mehr Steuergerechtigkeit, in der EU-Gleichstellungspolitik, bei der Entwicklung einer solidarischen Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie bei der Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erreichen. Besonders wichtig ist uns auch: Wir wollen und werden Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Europa mit aller Kraft verteidigen und dafür auch einen neuen umfassenden Mechanismus zur Prüfung der Rechtstaatlichkeit in Europa etablieren. Als die Europapartei Deutschlands wissen wir um die Bedeutung Europas für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und werden wir mit eigenen Initiativen vorangehen, um zu einem gerechteren und sozialen Europa beizutragen.

In Frieden und Sicherheit investieren

Sozialdemokratische Außenpolitik ist und bleibt dem Frieden verpflichtet. Der Frieden in Europa und in der Welt ist aber in den letzten Jahren brüchig geworden. Neue geopolitische Risiken sind entstanden. Wir haben kein Interesse an einer neuen Blockkonfrontation, weder zwischen den USA und Russland, noch zwischen den USA und China. Die grundlegenden Prinzipien, die Willy Brandt vor fast einem halben Jahrhundert bei der Formulierung seiner Ostpolitik leiteten, bleiben weiter aktuell. Um daran anknüpfen zu können, müssen wir sie den radikal geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Eine ausgestreckte Hand nach Osten sowie Dialog und Abbau von Spannungen werden weiter unser Handeln bestimmen, orientiert am Leitbild eines umfassenden Sicherheitsbegriffs. Dies alles im Rahmen einer aktiven europäischen Ostpolitik, die auf der Basis klarer sozialdemokratischer Prinzipien und der Bereitschaft zum Dialog die Zusammenarbeit und den Interessenausgleich mit Russland genauso sucht, wie die weitere Annäherung der Staaten der Östlichen Partnerschaft an die EU. Im Austausch mit Russland setzen wir dabei auf klare Positionen und benennen bestehende Differenzen deutlich wie auch offen. Dies betrifft u.a. den andauernden Konflikt in der Ukraine. Sozialdemokratische Außenminister haben sich seit Beginn dieser politischen und militärischen Konfrontation mit großem diplomatischem Engagement für eine Deeskalation und für eine friedliche Lösung eingesetzt. Wir begrüßen die jüngsten positiven

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Signale in der Verständigung zwischen Russland und der Ukraine, die zuletzt in einem Gefangenenaustausch und einer militärischen Entflechtung an der Kontaktlinie in der Ostukraine mündete. Dennoch gilt es, weiterhin die Umsetzung der Vereinbarung von Minsk einzufordern. Der zentrale Gradmesser für die Lockerung der europäischen Wirtschaftssanktionen sind Fortschritte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarung.

Insgesamt gilt: Für die Sicherheit in Europa sind die transatlantischen Beziehungen von zentraler Bedeutung. Sollten sich die USA in Zukunft stärker aus Europa zurückziehen, muss Europa vorbereitet sein. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass sich Deutschland und die anderen europäischen Staaten sicherheitspolitisch noch stärker als bisher engagieren, mit dem Ziel: die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken, im zivilen Bereich genauso wie sicherheitspolitisch.

Europa muss vor allem eigene sicherheitspolitische sowie Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen für den europäischen Kontinent entwickeln, auch, um sich nicht zunehmend dem wechselnden Verhältnis der Großmächte anzuliefern. Dies gilt umso mehr nach dem faktischen Ende des INF-Vertrages zwischen den USA und Russland, der den beiderseitigen Verzicht auf landbasierte Trägersysteme und Abschussvorrichtungen mittlerer Reichweite festgelegt und dadurch entscheidend die Sicherheit in Europa gestärkt hatte. Umso mehr müssen wir dafür eintreten, eine Verlängerung des New Start Vertrages zwischen den USA und Russland zu erwirken, um das Arsenal strategischer Nuklearwaffen weiter zu reduzieren und gegenseitige Inspektionen und Vertrauensbildung zu ermöglichen. Ebenso setzen wir uns ein für den Erhalt und die Stärkung wichtiger Bausteine der nuklearen Ordnung wie den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, den Atomwaffenteststoppvertrag sowie den Vertrag zum Verbot zur Herstellung von Spaltmaterial.

Eine nuklearwaffenfreie Welt ist das langfristige Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Dafür unterstützen wir dringend notwendige konkrete Fortschritte zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen. Wir wollen dies erreichen, indem auch die Nuklearwaffenstaaten in den Dialog eingebunden werden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle steht ganz oben auf der politischen Agenda. Dafür fordert die SPD, neue Akteure wie China einzubinden und neue Regeln für strategisch relevante Zukunftstechnologien zu entwickeln. Unser Außenminister hat erreicht, dass im VN-Sicherheitsrat erstmals seit vielen Jahren Abrüstung sowie die Kontrolle von Kleinwaffen und Massenvernichtungswaffen debattiert wurden.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in der Friedens- und Sicherheitspolitik politische und diplomatische Mittel an erster Stelle. Wir setzen uns ein für die intensive Nutzung wichtiger Dialogforen mit Russland (u.a. NATO-Russland-Rat), gerade auch zur Thematisierung der globalen und europäischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur. Dazu gehört auch die Intensivierung vertrauensbildender Maßnahmen und unserer abrüstungspolitischen Bemühungen im konventionellen Bereich, v.a. im Rahmen des sogenannten strukturierten Dialogs innerhalb der OSZE. Dass Deutschland in Verhandlungen und mit konkreten Initiativen die Rüstungskontrolle in den Zukunftsbereichen Biotechnologie, Cyber und Künstliche Intelligenz voranbringt,

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

unterstützen wir ausdrücklich. Unser Ziel ist es, umfassende, rüstungskontrollpolitische Antworten auf die kritischen Herausforderungen neuer Technologien zu erarbeiten.

Wir fordern eine möglichst zügige völkerrechtliche Regelung für autonome Waffensysteme. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern kann Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten, adäquate Regelungen zur Sicherstellung humanitärer Grundsätze zu erarbeiten. Notwendig ist es, ein normatives Rahmenwerk zu entwickeln, das aus Leitprinzipien und anwendbaren Vorgaben zu rechtlichen, militärischen und technologischen Aspekten von autonomen Waffensystemen besteht. Wir begrüßen, dass es nach fünf Jahren schwieriger Verhandlungen im November 2019 gelungen ist, zum ersten Mal einen breiten internationalen Konsens über rote Linien für den Einsatz autonomer Funktionen in Waffensystemen zu erzielen. Die Verabschiedung der Leitprinzipien durch die 125 Vertragsstaaten in der Waffenkonvention der Vereinten Nationen in Genf bringt uns unserem Ziel einen großen Schritt näher: Der internationalen Ächtung vollautonomer letaler Waffensysteme.

Wir stellen einen umfassenden Sicherheitsbegriff ins Zentrum, der weit über das rein Militärische hinausgeht. Frieden, Sicherheit und Entwicklung brauchen ein Bündel an politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und entwicklungspolitischen Maßnahmen, multilaterale Zusammenarbeit und eine faire internationale Wirtschafts- und Rechtsordnung. Die sozialdemokratische Position ist eindeutig und klar: Wir stellen die Krisen- und Konfliktprävention in den Mittelpunkt unseres Handelns. Kampf gegen den Klimawandel und wachsende Ungleichheit und das Eintreten für Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind ebenso wie globale Armutsbekämpfung und die Schaffung von Entwicklungsperspektiven wichtige Bausteine unserer Friedens- und Sicherheitspolitik.

Ein weiterer, wichtiger Baustein ist unsere Rüstungsexportpolitik. Wir haben dafür gesorgt, dass die politischen Grundsätze der Bundesregierung weiter verschärft wurden und bestehen darauf, dass diese Regelungen nun auch konsequent angewendet werden. Wir wollen keine Rüstungsgüter in Krisengebiete und Diktaturen! Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des ATT (Arms Trade Treaty, Internationales Waffenhandelsabkommen) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation. Davon kann es im begründeten Einzelfall absolute Ausnahmen geben. Mittelfristig wollen wir, dass Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus deutscher Produktion nur noch innerhalb der EU und NATO und gleichgestellten Ländern vertrieben werden. Ein großer Teil der in Kriegen und Bürgerkriegen getöteten Menschen kommt durch den Einsatz von Kleinwaffen ums Leben. Wir wollen deshalb, dass auch das grundsätzliche Exportverbot von Kleinwaffen in Drittstaaten konsequent umgesetzt wird. Wir begrüßen die Überarbeitung des Gemeinsamen Standpunkts der EU und treten für eine stärkere Verbindlichkeit der europäischen Regelungen für Rüstungsexporte ein. So setzen wir auch hier auf gemeinsames europäisches Handeln und eine europäische Synergie durch den Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungspolitik wie auch den Ausbau der Zusammenarbeit von EU-Mitgliedsstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (PESCO). Wir wollen unsere Soldatinnen und

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Soldaten mit moderner Ausrüstung versorgen, aber eine pauschale Erhöhung der Rüstungsausgaben für die Bundeswehr lehnen wir ab.

Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen strikt an Mandate der Vereinten Nationen gebunden sein oder an die vom Bundesverfassungsgericht dargestellten Grundlagen eines „Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit“. Voraussetzung ist und bleibt die Zustimmung des Deutschen Bundestags im Sinne des Parlamentsvorbehalts. Der Einsatz militärischer Mittel kann dabei immer nur Ultima Ratio sein, diplomatische und politische Lösungen haben Vorrang, ebenso wie Konfliktprävention und Mediation mit zivilen Mitteln.

Trotz aktueller Belastungen im Verhältnis zu den USA ist für die SPD klar: Wir halten an der Transatlantischen Partnerschaft fest, in dem Wissen, dass wir viele gemeinsame Werte und Interessen mit den USA teilen. Wir wollen gemeinsam eine friedliche Weltordnung gestalten. Die USA sind für die Sicherheit in Europa zentral, aber die transatlantischen Beziehungen bestehen aus weit mehr als nur aus dem NATO-Bündnis. Wir sind daher, gerade auch in schwierigen Zeiten, für eine offene und selbstbewusste Debatte mit den USA über die gemeinsame Werteordnung und die Prinzipien, die den Zusammenhalt der westlichen Gemeinschaft ausmachen. An einer Stärkung der Fliehkräfte über den Atlantik hinweg haben wir kein Interesse.

Deutschland übernimmt unter dem Dach der Vereinten Nationen und im multinationalen Rahmen Verantwortung in vielen Krisenregionen weltweit, z.B. in Afghanistan, in Mali, Irak und auf dem Balkan. Dabei ist klar: Frieden und Sicherheit werden in erster Linie durch diplomatisches und ziviles Engagement sowie durch internationale Zusammenarbeit, gute Entwicklungspolitik und Fluchtursachenbekämpfung erreicht und nicht allein mit militärischen Mitteln. Nur langfristige Entwicklungsperspektiven, nachhaltige Konfliktlösungsmechanismen und belastbare staatliche Strukturen ermöglichen dauerhaften Frieden. Für eine erfolgreiche Krisenpolitik müssen die zivil-militärische ebenso wie die Stabilisierungs- und Entwicklungspolitik eng verzahnt und international koordiniert werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Anstrengungen weiter zu intensivieren und mit unseren Partnern in Europa eng abzustimmen.

Die Lage in Syrien und im gesamten Nahen und Mittleren Osten stellt uns in Deutschland und Europa vor besonders große Herausforderungen. So hat allein der Krieg in Syrien seit dem Jahr 2011 ca. einer halben Million Menschen das Leben gekostet. Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat vertrieben worden, viele davon haben Zuflucht in Deutschland gesucht. Wir brauchen eine Friedensperspektive für Syrien und für die anderen Länder in der Region, die durch innere Konflikte, konfessionelle Spannungen und brutalste Formen des islamistischen Terrorismus destabilisiert sind.

Nach dem Einmarsch der Türkei in Nordsyrien, den die SPD als völkerrechtswidrig verurteilt, ist die Komplexität des Konfliktes in Syrien weiter gestiegen. Umso wichtiger sind intensive und umfassende diplomatische Anstrengungen. Ausdrücklich unterstützt die SPD daher die entsprechenden Initiativen des deutschen Außenministers in Ankara und der Region. Die Türkei muss erkennen, dass sie sich international immer weiter isoliert. Klar ist: Es kann nur eine politische Lösung des Konflikts geben.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Wir fordern von der Türkei, eine dauerhafte Waffenruhe im Nordosten Syriens und eine Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung. Die Türkei, Russland und das syrische Regime müssen den Zugang für Humanitäre Hilfe möglich machen, unter voller Einbeziehung der Vereinten Nationen. Eine Rückkehr von Geflüchteten kann nur freiwillig und nach den Kriterien des UNHCR erfolgen. Für Syrien insgesamt setzen wir uns dafür ein, dass der politische Prozess hin zu einem dauerhaften Frieden fortgeführt und intensiviert wird. Dazu gehört in erster Linie die Arbeit des Verfassungskomitees und die Vertiefung des innersyrischen Dialogs. Wir unterstützen eine starke Rolle Deutschlands in diesen politischen Bemühungen: über den Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bis Ende 2020, als wichtiger Akteur im Kontakt mit den Parteien in der Region und als humanitärer Geber. Mit der Türkei müssen wir den Dialog vertiefen, auch um unsere kritische Position zum Vorgehen in Syrien zu verdeutlichen und unseren Einsatz für eine innertürkische Verständigung auch in Bezug auf die Kurden zu unterstreichen. Gleichzeitig erkennen wir die Leistung der Türkei an, über 3,5 Millionen Geflüchtete aus Syrien Schutz und Zuflucht geboten zu haben.

Die Globale Agenda

Klimawandel, weltweite Migrationsbewegungen, technologische Innovationsschübe und eine weitere Polarisierung zwischen reich und arm markieren komplexe Herausforderungen, die weltweit nach sozialdemokratischen Antworten verlangen. Wir begrüßen, dass sich 2015 193 Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen darauf verständigt haben, mit der Reformagenda 2030 für eine nachhaltige, lebenswerte und gerechte Welt zu arbeiten, die niemanden zurücklässt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Motor dieser Reformbewegung und wollen unsere nationale, europäische und internationale Politik an ihren Zielen ausrichten. Durch die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) hegen wir die treibenden Kräfte der Globalisierung ein und fördern globale Gerechtigkeit. Der Kampf gegen Umweltzerstörung und der Einsatz für eine fortschrittliche Klimapolitik sind dabei zentrale Bausteine einer gerechtigkeitsorientierten Nord-Süd-Politik. Die Folgen des Klimawandels global zu begrenzen, ist die vielleicht wichtigste Zukunftsaufgabe für die internationale Staatengemeinschaft. Wir bekennen uns eindeutig zu den Beschlüssen des Pariser Klimaabkommens von 2015 und wollen die Staaten des globalen Südens im Sinne einer nachhaltigen Außenpolitik beim Übergang in Richtung einer ressourcenschonenden Wirtschaft unterstützen. Dazu braucht es v.a. finanzielle Mittel und moderne Finanzierungsinstrumente, auch in Verbindung öffentlicher mit privaten Investitionen. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zum 0,7% Ziel für die Entwicklungsfinanzierung für eine moderne, wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe.

Für uns gelten die unveräußerlichen Menschenrechte als Richtschnur der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir wollen diese verteidigen und stärken, wo immer nötig. Gleiches gilt für die Prinzipien des Völkerrechts, zu denen wir uneingeschränkt stehen und die wir ausbauen wollen – im humanitären Bereich genauso wie beim Schutz von Zivilisten, vor allem Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten wie in der UN-Resolution 1325 festgehalten. Wir unterstützen eine Politik, die gute Regierungsführung ins Zentrum stellt, ebenso wie Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung. Wir kämpfen gegen

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Diskriminierung und Unterdrückung von Minderheiten. Wir wollen eine wirksame Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) erreichen. Das Monitoring des NAP liefert wertvolle Erkenntnisse für ein Gesetz zur Unternehmensverantwortung, das zu schaffen ist. Wir setzen uns für eine EU-weite Regelung ein.

In Europa setzen wir uns für eine menschliche und solidarische Flüchtlings- und Migrationspolitik ein. Wir müssen alles tun, um das Sterben im Mittelmeer und die unmenschlichen Zustände vor und hinter den europäischen Grenzen zu beenden. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die in Seenot geratene Menschen retten und sicher an Land bringen. Rettungsorganisationen bekommen unsere volle Solidarität – eine Kriminalisierung ziviler Seenotrettung darf es nicht geben. Sehr schnell geklärt werden muss, wie Gerettete innerhalb Europas verteilt werden. Deutschland wäre in der Lage einen Teil der Geretteten aufzunehmen und muss auf europäischer Ebene die Verhandlungen zu einer „Koalition der Willigen“ vorantreiben. Zivile Seenotrettung kann aber kein Ersatz für eine gemeinsame europäische Rettungsmission sein. Wir brauchen schnell wieder eine Mission im zentralen Mittelmeer mit dem klaren politischen Mandat Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Das Recht auf Asyl ist für uns unverhandelbar. Vorprüfungen vor den EU-Außengrenzen, die das Recht auf Asyl unterlaufen, lehnen wir ab. Der Rechtsweg muss offen und gewährleistet bleiben. Dies muss die Grundlage der anstehenden Verhandlungen in Europa über das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem sein.

Zu einem nachhaltigen Ansatz gehört ein funktionierender europäischer Außengrenzschutz genauso wie die Schaffung legaler Migrationswege sowie die Vertiefung unserer Partnerschaften mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitstaaten. In den nächsten Jahren wird die Stabilisierung Nordafrikas eine zentrale Aufgabe für Europa bleiben. Wir müssen das Mittelmeer und alle Anrainerstaaten als gemeinsamen Raum begreifen und politisch wie wirtschaftlich bei der Entwicklung unterstützen, auch durch eine moderne Entwicklungspolitik. Die Vertiefung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika bleibt eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Auch mit Blick auf das Engagement anderer Staaten müssen wir für Afrika ein verlässlicher Partner bleiben, der im beiderseitigen Interesse und auf Augenhöhe agiert. Dazu gehört, die Rolle der afrikanischen Partner und der Afrikanischen Union für eine regelbasierte Weltordnung und im Sinne einer nachhaltigen und inklusiven Globalisierung zu stärken: durch den Aufbau afrikanischer Sicherheitsstrukturen, durch Unterstützung der transkontinentalen Freihandelszone und die weitere Öffnung der europäischen Märkte für afrikanische Produkte sowie durch die intensive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

Multilateralismus stärken

Die SPD sieht den Multilateralismus als eine große Chance für Europa und zugleich als Weg, um auch künftig in einer globalisierten Welt mit polarisierenden Großmächten als eine gewichtige Stimme wahrgenommen zu werden und gestalten zu können. Wir wollen, dass Deutschland eine Allianz der Multilateralisten anführt, denn praktizierter Multilateralismus

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

ist unsere Stärke – nicht zuletzt im Kampf gegen Nationalisten und Populisten. Deutschland ist immer dann stark, wenn wir mit anderen zusammenarbeiten. Die EU steht dabei im Zentrum, einerseits als wichtigste Institution für die Zusammenarbeit in Europa, aber auch als stabilisierender Pfeiler im internationalen Gefüge und als politische und finanzielle Stütze der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass Deutschland die Kooperation mit Gleichgesinnten außerhalb der EU verstärkt, um das Rückgrat des Multilateralismus insgesamt zu stabilisieren – d.h. bestehende Institutionen zu verteidigen und, wo nötig, zu öffnen und zu reformieren. Das bedeutet aber auch, neue Foren zu schaffen für Bereiche, die bis jetzt noch nicht oder nicht ausreichend geregelt sind (z.B. Cyber, Weltraum, Weltmeere). Wir unterstützen die Bestrebungen des deutschen Außenministers, eine „Allianz für den Multilateralismus“ voranzubringen, die als Netzwerk gleichgesinnter Staaten konkrete Themen voranbringt und dadurch die regelbasierte internationale Ordnung stärkt. Mit dem nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Deutschland bis Ende 2020 eine wichtige Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt übernommen. Dass Deutschland dies nutzt, um die Rolle und den Schutz von Frauen bei Friedenssicherung und Konfliktprävention zu stärken und nukleare Nichtverbreitung zu thematisieren, unterstützen wir ausdrücklich.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Welthandelsorganisation (WTO) reformiert und modernisiert wird. Wir wollen ein berechenbares und faires multilaterales Welthandelssystem, gerade vor dem Hintergrund sich verändernder globaler Kräfteverhältnisse und einem aufkommenden Protektionismus. Wir müssen Ländern, die nicht marktwirtschaftlich organisiert sind, angemessen begegnen und vor allem den Streitschlichtungsmechanismus der WTO bewahren, sonst wird das gesamte System in Frage gestellt. Wir wollen bei der Neugestaltung der Nachhaltigkeitskapitel der Handelsverträge mit Drittstaaten (FTA) bessere Sozial- und Umweltstandards durchsetzen, weil nur eine faire Handelspolitik die Ziele Wachstum, Nachhaltigkeit, Entwicklung und Gerechtigkeit in Einklang bringen kann.

Die SPD tritt der Entkopplung von Märkten und Wertschöpfungsketten, wie sie sich zwischen den USA und China andeutet, entgegen. Die Aufteilung der Welt in unterschiedliche Sphären technologischer oder handelspolitischer Rahmenbedingungen liegt für uns als Exportnation, die überall auf der Welt vernetzt ist, nicht in unserem Interesse. Unser Ziel ist die Stärkung der globalen Mechanismen zur Standardsetzung und Verrechtlichung der internationalen Technologie- und Handelsbeziehungen. Nur so können wir auch unseren eigenen hohen Standards weltweit zur Durchsetzung verhelfen.

Der globale digitale Kapitalismus braucht neue Regeln. Unser Anspruch ist es, diese Regeln mitzugestalten. Wir arbeiten gemeinsam mit unseren internationalen Partnern an Regeln für eine faire Besteuerung global tätiger Unternehmen und an Lösungen gegen Steuervermeidung und Steuerflucht. Wir haben hierbei schon viel erreicht und werden uns auf Ebene der G20 und der OECD aber auch in Europa weiter dafür einsetzen, dass diese Arbeiten mit Erfolg abgeschlossen werden. Darüber hinaus brauchen wir Regeln für mehr Transparenz und mehr Wettbewerbskontrolle und wir müssen durch einen neuen Blick auf

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

die Verteilungsfrage schädlichen Entwicklungen wirksam begegnen. Die internationale Handelspolitik muss demokratischer und transparenter organisiert werden. Wir erwarten, dass international agierende Unternehmen ihren Sorgfaltspflichten bei Menschenrechten, Umweltschutz und sozialen Standards nachkommen. Die Chancen neuer Technologien (Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, Nanotechnologie u.a.) wollen wir nutzen – mit einem klaren Blick für die damit einhergehenden Herausforderungen und Regulierungsnotwendigkeiten.